



Freie und Hansestadt Hamburg
Justizbehörde
Amt für Justizvollzug und Recht

Verfügung der Abteilung Justizvollzug Nr. 2018/16

Verfahren bei länderübergreifenden Verlegungen

Bearbeitung: J13
AZ.: 1031/11

I. Anwendungsbereich

Diese Verfügung regelt das Verfahren und die Zusammenarbeit zwischen den Anstalten und der Justizbehörde, Abteilung Justizvollzug, bei länderübergreifenden Verlegungen von Gefangenen nach § 26 Strafvollstreckungsordnung (StVollstrO) i.V.m. § 9 Absatz 1 Hamburgisches Strafvollzugsgesetz (HmbStVollzG), § 9 Absatz 1 Jugendstrafvollzugsgesetz (HmbJStVollzG), § 12 Absatz 1 Hamburgisches Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz (HmbSVVollzG)¹ sowie § 8 Absatz 2 Hamburgisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz (HmbUVollzG).

Sie gilt nicht für die sogenannten Sicherheitsverlegungen gemäß § 9 Absatz 2 HmbStVollzG, die einzelfallbezogen zwischen dem Sicherheitsreferat (J 12) und den Anstalten abgestimmt werden.

II. Verfahren

1. Verlegung von Hamburger Gefangenen in ein anderes Bundesland

Die Anstalt prüft das Vorliegen der Verlegungsvoraussetzungen des § 9 Absatz 1 HmbStVollzG oder des § 8 Absatz 1 HmbUVollzG und übersendet bei befürwortender Entscheidung das Prüfergebnis mit dem dazugehörigen Prüfvermerk und der GPA an die Abteilung Justizvollzug (J 13).

Ist der Prüfvorgang auf Antrag des Gefangenen eingeleitet und seitens der Anstalt ablehnend beschieden worden, greifen die gesetzlich vorgesehenen Rechtsschutzmöglichkeiten.

Der Prüfvermerk muss eine Auflistung der bislang erworbenen Ansprüche auf Arbeitsentgelt und/ oder Ausbildungshilfe sowie – bei Strafgefangenen – der nichtmonetären Ansprüche (Freistellungstage) enthalten. Sollten in Hamburg erworbene Ansprüche im aufnehmenden Bundesland nicht übernommen werden können, so müssen sie durch Hamburg erfüllt werden.

¹ Da die Verlegungsvoraussetzungen des HmbStVollzG mit denen des HmbJStVollzG und des HmbSVVollzG identisch sind, wird im Weiteren lediglich die Vorschrift des HmbStVollzG benannt.

Die Abteilung Justizvollzug (J 13) überprüft die Anstaltsentscheidung auf Ermessensfehler und die Unterlagen auf Vollständigkeit. Im Bedarfsfall hält sie Rücksprache mit der Anstalt. Sie erteilt gemäß § 26 StVollstrO die Zustimmung zur Verlegung und leitet den Vorgang an die andere Landesjustizverwaltung weiter.

Das Prüfergebnis der anderen Landesjustizverwaltung wird von der Abteilung Justizvollzug (J 13) an die Anstalt weitergeleitet. Im Fall der Zustimmung des anderen Bundeslandes gemäß § 26 StVollstrO erfolgt die weitere Abstimmung direkt zwischen den beteiligten Anstalten.

Bei der Verlegung von Untersuchungsgefangenen wird vor der Verlegung gemäß § 8 Absatz 1 Satz 3 HmbUVollzG die Verteidigerin oder der Verteidiger durch die verlegende JVA unterrichtet.

2. Verlegung von Gefangenen anderer Bundesländer nach Hamburg

Die Abteilung Justizvollzug (J 13) leitet das bei ihr eingegangene Ersuchen einer anderen Landesjustizverwaltung an die zuständige Anstalt weiter.

Die Anstalt prüft das Vorliegen der einschlägigen gesetzlichen Voraussetzungen und übersendet das Prüfergebnis mit dem dazugehörigen Prüfvermerk binnen 6 Wochen – bei Untersuchungsgefangenen in der Regel binnen 4 Wochen - an die Abteilung Justizvollzug (J 13).

Die Abteilung Justizvollzug (J 13) überprüft die Anstaltsentscheidung auf Ermessensfehler und hält ggf. Rücksprache mit der Anstalt. Sie erteilt bei einer positiven Anstaltsentscheidung gemäß § 26 StVollstrO die Zustimmung zur Verlegung gegenüber der anderen Landesjustizverwaltung oder leitet eine ablehnende Anstaltsentscheidung an die andere Landesjustizverwaltung weiter. Hierüber informiert sie die beteiligte Hamburger Anstalt. Im Fall der Zustimmung erfolgt die weitere Abstimmung direkt zwischen den beteiligten Anstalten.

III. Prüfungskriterien

Gemäß **§ 9 Absatz 1 HmbStVollzG** dürfen die Gefangenen abweichend vom Vollstreckungsplan in eine andere für den Vollzug von Freiheitsstrafen zuständige Anstalt verlegt werden, wenn ihre Behandlung oder ihre Eingliederung nach der Entlassung hierdurch gefördert wird oder dies aus Gründen der Vollzugsorganisation oder aus anderen wichtigen Gründen erforderlich ist.

Förderung der Behandlung oder der Eingliederung

Grundsatz: Die Verlegung eines Gefangenen kommt nicht erst dann in Betracht, wenn sie zur Behandlung oder aus Resozialisierungsgründen unerlässlich ist, sondern bereits dann, wenn die Behandlung des Gefangenen oder seine Eingliederung hierdurch gefördert wird.

Kriterien können insbesondere sein:

- Aufrechterhaltung familiärer Beziehungen
 - Art und Häufigkeit bestehender Kontakte (Post, Telefon, Besuche)
 - Stabilität und Dauer der Beziehung
 - eigene Bemühungen der Gefangenen zur Aufrechterhaltung der Kontakte (z.B. frühere Verlegungsanträge, Besuchsüberstellungen)

- Bereitschaft und tatsächliche Möglichkeit der Angehörigen zur Hilfe bei den Eingliederungsbemühungen
- Wohnort der Angehörigen
- persönliche Lebenssituation der Angehörigen (zu berücksichtigen sind z.B. Krankheiten, Lebensalter, berufliche Situation)
- Geplanter Lebensmittelpunkt nach der Entlassung
 - Erstwohnsitz
 - bestehende Kontakte (beruflich oder privat)
 - vereinfachte Koordination von Eingliederungsvorbereitungen
- Berufliche Integration
 - bessere Ausbildungs-/Berufsförderung in der aufnehmenden Anstalt
 - konkrete Möglichkeit der Arbeitsaufnahme nach der Entlassung, ggf. auch frühere berufliche Tätigkeit im Betrieb
 - vereinfachte Koordination von beruflichen Eingliederungsvorbereitungen
- Behandlungsmöglichkeiten (z.B. Sozialtherapie)
 - Therapieeignung
 - bessere Behandlungsmöglichkeiten in der bisherigen Anstalt (z.B. aufgrund einer gerade erst begonnenen therapeutischen Anbindung) können der Resozialisierung förderlicher sein als die verbesserte Kontaktmöglichkeit mit den Angehörigen (Abwägung im Einzelfall)
- Ausländerrechtliche Situation
 - Klärung des Aufenthaltsstatus
 - eine mögliche und geplante Abschiebung muss kein Ausschlussgrund sein, wenn der konkrete Termin noch unbekannt ist

Kriterien können insbesondere nicht sein:

- Verbleibende Restvollzugsdauer
- Möglichkeit von Besuchsüberstellungen

Vollzugsorganisation oder andere wichtige Gründe

- Vollzugsorganisation

Gründe, die mit der Gestaltung oder Änderung der administrativen Struktur des Vollzugs zusammenhängen

- Andere wichtige Gründe:

Verlegungen im Interesse des Gesamtvollzugs

Gemäß **§ 8 Absatz 2 HmbUVollzG** können Untersuchungsgefangene unter den Voraussetzungen des Absatz 1 in eine Anstalt eines anderen Landes verlegt werden.

Eine Verlegung kann danach zur **Umsetzung einer verfahrenssichernden Anordnung, aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt oder aus Gründen der Vollzugsorganisation oder aus anderen wichtigen Gründen** erfolgen.

Grundsatz: Die Untersuchungshaft sollte dort vollzogen werden, wo das gerichtliche Verfahren stattfindet.

Landesübergreifende Verlegungen können im Einzelfall jedoch erforderlich sein, bspw. um Untersuchungsgefangene mit speziellen Bedürfnissen optimal unterbringen, oder um auf besondere Belegungssituationen in den Justizvollzugsanstalten reagieren zu können.

IV. Prüfungsumfang

Der bedeutsame Sachverhalt ist von Amts wegen zu erforschen. Die aufnehmende Anstalt darf sich nicht auf den Inhalt der von der abgebenden Anstalt mitgeteilten Unterlagen beschränken und diesen lediglich einer „Schlüssigkeitsprüfung“ unterziehen.

Fehlende Unterlagen und Informationen können bei Bedarf direkt bei der abgebenden Anstalt angefordert werden.

V. Inkrafttreten

Diese Verfügung tritt zum 1. November 2018 in Kraft. Die Verfügung der Abteilung Justizvollzug Nr. 2016/09 vom 11. April 2016 wird aufgehoben.

Gross, 22.10.2018

Vfg.:

1. J 1 mit der Bitte um Zeichnung
2. -J- m.d.B.u. Kenntnisnahme
3. WV J 13:
 - 3.1. per E-Mail zur Kenntnisnahme an
 - 3.1.1. Verteiler VL Justiz Vollzug Referenten
 - 3.1.2. Anstaltsleitungen
 - 3.2. per E-Mail an J 13/51 zur Einstellung in den SharePoint (FHHPortal > Justiz > Vollzug > Vorschriften Justizvollzug > Verfügungen des Amtes J, Abteilung Justizvollzug)
 - 3.3. per E-Mail an J 13/5 zur Veröffentlichung gemäß HmbTG
4. J 1/1 Frau Calhau-Felix WV bei J 13 1 Jahr (Überprüfung)

Hamburg, 22. Oktober 2018

Marquardt, J13